

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(40. - öffentliche - Sitzung am 30. Oktober 2024)

#### Tagesordnung:

1. **Das juristische Staatsexamen digitalisiert - dem Zeitalter von Nachwuchsjuristinnen und Nachwuchsjuristen gerecht werden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4576](#)

Der - federführende - Ausschuss berät über den Antrag. Vorbehaltlich der Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfiehlt er dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Umsetzung des Cannabisgesetzes innerhalb der Justiz“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5026](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 5 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* CDU, AfD

4. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -  
[Drs. 19/5319](#)

Der Ausschuss nimmt die Mitberatung auf. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votiert er dafür, dem Landtag die Annahme von Artikel 13 des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* AfD

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Glücksspielgesetzes, des Niedersächsischen Sportfördergesetzes und des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -  
[Drs. 19/5224](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 11 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -  
[Drs. 19/4577](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 12 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* CDU, AfD

7. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes, des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes und des Niedersächsischen Beamtengesetzes**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3799](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr und des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (Gesetz zum Einsatz unbemannter Luftfahrtsysteme im Brand- und Katastrophenschutz)**  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2714](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung zu beiden Gesetzentwürfen durch.

Er schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Vorlage 9 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* CDU, AfD

Der Ausschuss schließt sich auch der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion für erledigt zu erklären, da dessen Inhalt in die Beschlussempfehlung zum Gesetzentwurf der Landesregierung eingeflossen ist.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

8. **Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte wirksam bekämpfen und ihr präventiv begegnen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3037](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Antrag in der Fassung der Vorlage 8 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* CDU

9. a) **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zum „Strafermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Verdachts der Untreue auf Grund der rückwirkenden Gehaltserhöhung für die Büroleiterin des Ministerpräsidenten“**

Der Ausschuss erklärt einstimmig die von der Landesregierung als vertraulich bezeichneten Teile der vorgelegten Akten für vertraulich gemäß § 95 a der Geschäftsordnung. Dieser Beschluss umfasst auch die Seite 13 des Bandes 6 der Akten. Da ein Vertreter des Justizministeriums erklärt, dass der Band 15 in Gänze nicht der Vertraulichkeit bedürfe, bezieht der Ausschuss diesen Band nicht in seinen Beschluss ein.

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, einem Mitarbeiter oder mehreren Mitarbeitern einer jeden Fraktion zu gestatten, in die Akten Einsicht zu nehmen. Er bittet die Landesregierung, insoweit das Einvernehmen herzustellen. Auf dieser Grundlage soll in der nächsten Sitzung über die Gestattung entschieden werden.

b) **Erweiterung des Aktenvorlagebegehrens vom 21. August 2024, Strafermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Verdachts der Untreue aufgrund der rückwirkenden Gehaltserhöhung für die Büroleiterin des Ministerpräsidenten**

Auch hinsichtlich der weiteren vorzulegenden Akten nimmt der Ausschuss in Aussicht, einem Mitarbeiter oder mehreren Mitarbeitern einer jeden Fraktion zu gestatten, in die Akten Einsicht zu nehmen. Er bittet die Landesregierung, insoweit das Einvernehmen herzustellen.

10. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Finanzierung zusätzlicher Öffnungszeiten der Seeschleusen in Wilhelmshaven“**

Der Ausschuss berät über den Antrag. Das antragstellende Mitglied der AfD-Fraktion legt dar, sein Antrag beziehe sich nicht auf die Finanzierung der Öffnungszeiten an sich, sondern auf die Rechtsgrundlage der Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung zusätzlicher Öffnungszeiten. Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimme des Mitgliedes der AfD-Fraktion ab.

**Außerhalb der Tagesordnung** nimmt der Ausschuss einstimmig den mündlichen Antrag eines Mitgliedes der CDU-Fraktion an, die Landesregierung zu bitten, den Ausschuss in der nächsten Sitzung über die Vollstreckung eines Haftbefehls gegen einen hannoverschen Staatsanwalt und über den dieser Festnahme zugrundeliegenden Vorwurf der Bestechlichkeit zu unterrichten.